

Die „Laibacher Zeitung“ erscheint, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, täglich, und kostet sammt den Beilagen im Comptoir ganzjährig 1 fl., halbjährig 5 fl. 50 kr., mit Kreuzband im Comptoir ganzj. 12 fl., halbj. 6 fl. Für die Zustellung in's Haus sind halbj. 50 kr. mehr zu entrichten. Mit der Post portofrei ganzj., unter Kreuzband und gedruckter Adresse 15 fl., halbj. 7 fl. 50 kr.



Insertionsgebühr für eine Garmond-Spaltenzeile oder den Raum derselben, ist für Initialen Einschaltung 6 kr., für 2malige 8 kr., für 3malige 10 kr. u. s. w. Zu diesen Gebühren ist noch der Insertionsstempel per 30 kr. für eine jedesmalige Einschaltung hinzu zu rechnen. Inserate bis 10 Zeilen kosten 1 fl. 90 kr. für 3 Mal, 1 fl. 40 kr. für 2 Mal und 90 kr. für 1 Mal (mit Inbegriff des Insertionsstempels.)

# Laibacher Zeitung.

## Amtlicher Theil.

**S. I. I.** Apostolische Mafskät haben mit der Allerhöchsten Entschliessung vom 29. Juli d. J. den Septemvir Theophil v. Sabinyi zum Hofrath und Referendar bei der k. ungarischen Hofkanzlei allergnädigst zu ernennen geruht.

Der Polizeiminister hat den Konzeptsadjunkten des Polizeiministeriums, Hermann Rönberg, zum Polizeikommissär bei der Grazer Polizeidirektion ernannt, ferner eine bei der Wiener Polizeidirektion erledigte Polizeikommissärsstelle dem dortigen Aktuar Ludwig Schmid verliehen.

## Nichtamtlicher Theil.

### Die Rede Kromer's.

(Fortsetzung.)

Zugleich verrechnen sie den Parteien alle dießbezüglichen Einschreibungen, wodurch die von ihnen aufgenommenen Urkunden mitunter sehr kostspielig werden. Wenn jedoch die Notare bei der Aufnahme ihrer Urkunden die Grundbücher und die bezüglichen Vorakten nicht einsehen, dann sind ihre Arbeiten, wie es nicht selten vorkommt, oberflächlich, ungenau und unsicher. Daher eben kommt es, daß insbesondere jene Vertragsentwürfe und sonstigen Urkunden, bei welchem Minderjährige als Pächter interveniren, von den Bezirksgerichten öfter wiederholt rückgewiesen werden müssen, bis endlich die Urkunde in klarer, rechtsverbindlicher, die Interessen des Pupillaren sichernde Weise zu Stande kommt und gerichtlich genehmigt werden kann.

Bei allerlei Unfällen sieht man öfter ganze Karawanen von Pächtern und Zeugen wiederholt vom Notar zum Gericht und von diesem neuerlich zum Notar wandern, wobei den Parteien nebst höheren Verfassungsgebühren auch bedeutende Zeitverschümpfe

und Zebrungskosten erwachsen. Noch empfindlicher aber gestalten sich diese Auslagen in jenen kleinen Bezirken, welchen ein Notar nicht zugewiesen ist, in welchen sodin die Notariatsgeschäfte vom Notar eines Nachbarbezirkes nur ex currendo besorgt werden.

Derlei Bezirke pflegt der Notar wöchentlich oder in je 14 Tagen nur ein Mal zu besuchen, und weil ihm das nächste Ausbleiben von seinem Amtssitze nicht konvenirt, so nimmt er an jedem Amtstage nur so viel Parteien vor, als er daran an diesem Tage abfertigen kann; alle übrigen ziehen unverrichteter Dinge ab, und so müssen die Parteien solcher Bezirke wegen einer unbedeutenden Quittung, wegen eines Schuldscheines und dergleichen mit großen Zeiten und Geldopfern mitunter oft wiederholt zum entlegenen Bezirksfize versfügen, und werden dessenungeachtet nicht abgefertigt. Somit nun die derzeit übliche Versorgung der eigentlichen Notariatsgeschäfte für die Parteien viel zu kostspielig, so ist auch die derzeitige Verwahrung der Notariatsakten offenbar unzweckmäßig. Denn nach der bestehenden Notariatsordnung werden diese Akten theils von den Notaren selbst, theils bei dem betreffenden Bezirksgerichte, theils endlich in den Notariatsarchiven aufbewahrt. Wohin also soll das unheholfene Landvot zunächst sich versfügen, wenn es von derlei Behelfen Ausfertigungen oder Abschriften benöthigt? Eine derlei getheilte Verwahrung der Akten verursacht daher nur große Verwirrungen, den Parteien nur Unkosten und Zeitverschümpfe.

Ich übergebe nun auf den weiteren Wirkungskreis der Notare, sie sind nämlich auch berechtigt, auf Verlangen der Parteien Eingaben außer Streitsachen zu verfassen, und können von den Bezirksgerichten als Gerichtskommissäre zur Vornahme der Schätzungen und Teilbittungen, zur Revision der Pupillarrechnungen, zur Aufnahme der Sperren und Inventuren — kurz zur Durchführung aller bis zur Verlaß-Einantwortung erforderlichen Abhandlungsschritte verwendet werden.

Vorzüglich dieser weitere Wirkungskreis ist es nun, welcher auf eine allseitig entsprechende Thätig-

keit der Bezirksgerichte, auf eine gleichmäßige Behandlung der Parteien, auf den Wohlstand und auf die Stimmung des Landvolkes so empfindlich nachtheilig einwirkt. Denn während gewissenhafte und thätige Bezirksamts-Vorsteher die meisten Anliegen der Parteien in und außer Streitsachen, sowie auch die meisten Verlaßabhandlungen unmittelbar zu Protokoll aufnehmen und hiedurch die Bezirksinsassen vor jeder unnothwendigen Auslage thunlichst schützen, bietet minder dienstfertigen Gerichtsbeamten eben das Notariat die bequemste Gelegenheit, nicht nur die Verlaßabhandlungen, sondern auch die Mehrzahl der Gesuche in und außer Streitsachen an den erwerbsfertigen Notar zu weisen, wodurch die Insassen solcher Bezirke mit Expensen überbürdet und die Kanzleien der Notare mitunter zu wahren Winkelschreibern herabgewürdigt werden.

Wie steht es dann mit der gesetzlich angeforderten gleichmäßigen Behandlung der Parteien, wenn in dem einen Bezirke alle Aufnahmen von dem Bezirksgerichte selbst unentgeltlich, während solche in einem zweiten Bezirke meist nur von Notaren und gegen bedeutendes Entgelt besorgt werden?

Oder findet man darin ein gleiches Recht für Alle, wenn sogar bei demselben Bezirksgerichte die Gesuche einiger Parteien in dem Amte selbst unentgeltlich protokolliert, während andere Parteien mit ganz gleichartigen Anliegen dem Geldsackel des Notars zugewiesen werden, wenn sodin die Beurtheilung der Frage, welcher Partei das Recht entgeltlich, welcher unentgeltlich zu Theil werden solle, lediglich von dem Wohlwollen, von dem willkürlichen Ermessen des Gerichtsbeamten abhängt?

Zum näheren Beweise, welche Ausschreitungen dabei eintreten können, erwähne ich einfach meiner dienstlichen Wahrnehmung, daß einzelne Notare sogar die Abjunktur der Gebührenverzeichnis über die von ihnen gepflogenen Verlaßabhandlungen damit besetzen, indem sie für ihre dießfällige Wühwaltung von den Bezirksgerichten die pauschalmäßige Remuneration von 1% des jeweiligen reinen Nachlasses zu erwirken ge-  
wöhnt haben.

## Aus dem Gerichtssaale.

(Verbrechen des Mordmordes, verübt im hiesigen Zwangsarbeits-hause).

(Fortsetzung und Schluß. Siehe Nr. 176.)

Hierauf erhielt das Wort Dr. S., Verteidiger des Franz M., und dieser führte folgendes an: Es liegt wohl erwiesen vor, daß G. eines gewaltsamen Todes gestorben sei, daß M. und E. im Schulzimmer an G. Hand anlegten; allein wer von Beiden den Todesstoß gegeben habe, ist noch immer zweifelhaft; denn bei dem plötzlichen Ueberfalle war es den Zeugen unmöglich, wahrzunehmen, wer und wo er gestoßen habe, wer also die tödtliche Herzwunde beibrachte; die Zeugen sahen nur, daß M. zur linken und E. zur rechten Seite des G. standen und Stöße führten. Der Umstand, daß M. einen Schlag mit einem Messer führte, schließt nicht aus, daß auch E. mit einem Messer von der rechten Seite Stöße beibrachte habe; denn dem G. war es wohl möglich, das Messer zu verbergen, da eine weitere Untersuchung nicht stattgefunden hatte.

Ebenso liegt kein Umstand vor, welcher die Annahme der bösen Absicht rechtfertigt, indem die Ansicht des Zwangsarbeitshauses keine Kenntnis von der Feindschaft des M. gegen G. hatte und die That plötzlich mit Unbesonnenheit geschah, die die Wahl des Körpertheils nicht berücksichtigen ließ, und wenn auch M. den Todesstoß gegeben hätte, was nicht zu-

gegeben wird, so kann man doch nicht auf die Absicht zu tödten schließen; denn M. sagte, er wollte den G. nur strafen. Ferner muß man erwägen, daß es wohl nicht anzunehmen sei, M. habe den G. an einem solchen Orte, in Gegenwart von so vielen Zeugen, umbringen wollen, denn er mußte wohl überlegen, daß er sich selbst dadurch dem Tode preisgeben würde. Der Verteidiger stellte schließlich den Antrag:

Der hohe Gerichtshof wolle den M. von der Anklage wegen Verbrechens des Mordes freisprechen und des Verbrechens der schweren körperlichen Beschädigung nach §. 152 St. G. für schuldig erklären; für den Fall jedoch, daß der hohe Gerichtshof annehmen sollte, daß M. den Todesstoß gegeben habe, bat derselbe um ein auf Todtschlag lautendes Erkenntniß.

Dr. R., Verteidiger des Johann E., führte folgendes an: Da es sich um Tod oder Leben handelt, und der Angeklagte E. sich bloß negativ verhält, indem man von ihm nur das Wort unschuldig („innocente“) hörte, müsse man alle Umstände genau erwägen. Es ist wohl zu bedauern, daß nicht ein einziger unbescholtener Zeuge vorhanden ist, dem man Glauben schenken könnte. Die löbl. Staatsbehörde nahm auch den E. als unmittelbaren Thäter an, was man aber nicht zugeben könne, in der Erwägung, daß alle Zeugen übereinstimmen, E. sei rechts gestanden, die tödtliche Verwundung aber habe man nach dem Obduktionsbefunde links vorgefunden, welche mit einem Messer beibracht wurde, welches Messer, wie es erwiesen ist, nur M. besaß; M. also, nicht E. versetzte den Todesstoß. Auf die von der k. k. Staats-

anwaltschaft angeführten Verdachtsgründe kann man kein Gewicht legen; denn sie sind größtentheils bloß durch einen Zeugen erwiesen. Nur L. gab an, E. habe sich geändert: „O. muß durch meine Hand fallen“; L. aber sei selbst Angeklagter, also entfällt dessen Aussage gänzlich.

Bezüglich des Besitzes der Stricknadel liegen bloß Vermuthungen vor; seine Kleider wurden erst später visitirt. Ferner müsse man den Umstand erwägen, sein Klient sei unmöglich so blödsinnig gewesen, eine That in Gegenwart so vieler Zeugen zu verüben, welche ihn zum Tode führen würde, nachdem er so viel Verschmittheit gezeigt hat. Der Verteidiger beantragte die Freisprechung von der Anklage wegen Verbrechens des Mordes und die Schuldigsprechung wegen Verbrechens des Todtschlages nach §. 140 des St. G., für den Fall, daß der h. Gerichtshof annehmen sollte, E. habe wirklich an G. Hand angelegt.

Auf die Gründe der Verteidigung des M. replizierte die Staatsanwaltschaft in folgender Weise:

1. Bei einem Zeugenbeweise verlangt kein Gesetz, daß über jedes minutiöse Vorgehen übereinstimmend ausgesagt werde; es ist vielmehr genug, daß das Geschehene so angegeben sei, um daraus zu schließen, nur dieser Mann habe die Handlung verübt. Mehrere Zeugen sagten, daß M. auf die Herzseite mehrere Stöße führte, und da auf derselben Seite nur eine Wunde beigebracht wurde, so muß man annehmen, daß M. diese Wunde beigebracht habe; 2. In dem Falle aber, daß der löbl. Gerichtshof den Zeugenbeweis nicht annehmen sollte, so ist



Die Folge dessen war, daß ihnen die Erbinteressenten von Verlässen mit 5000—10.000 fl. pauschalwählig Remuneration von 50—100 fl. und zwar für Amtshandlungen bezahlen mußten, welche bei jedem Verlasse die Zeit von 3—5 Stunden kaum in Anspruch nehmen. Dagegen läßt sich zwar allerdings einwenden, derlei Ausschreitungen beweisen nur den Mangel einer orientirlichen Ueberwachung, und hiesfür sind auch die Gerichte mit verantwortlich. — Nun in dieser Richtung will ich das Gericht nicht verteidigen, aber so viel ist allerdings richtig, daß solche Vorgänge nicht leicht zur Sprache kommen, so lange die Bezirksgerichte selbst nicht dagegen einschreiten, und gewiß traurig ist es, daß Institute aufleben und noch fortbestehen können, welche eine so ungleichmäßige Behandlung des Landvolkes zur Folge haben, welche den Bezirksgerichten geradezu das Mittel bieten, die ihnen obliegenden Amtsgeschäfte nach Willkür den Notaren zuzuwälzen und hiedurch die Bezirksinsassen empfindlichen Bedrückungen Preis zu stellen. Derlei Bezirke sind schon durch die Notariate mit jährlichen 8000—12.000 fl., mitunter noch viel höher belastet, daher eine entsprechende Abhilfe allerdings dringend notwendig.

Vorzüglich bei Vermögensübertragungen an Minderjährige und bei Todesfällen der Grundbesitzer soll das vorhandene Vermögen mit Berücksichtigung aller, sowohl im Objekte selbst gelegenen lokalen, als auch die Möglichkeit des Fortbestandes eines gedeihlichen Familienlebens bedingenden Verhältnisse immer nur in jenem Werthe ermittelt werden, daß bei der, auf dessen Grunde vorzunehmenden Theilung einerseits der Uebernehmer auslangen könne, und daß andererseits auch die Mitinteressenten keine Verklüftung erleiden. Jeder oberflächliche Vorgang bei derlei Erbhebungen hat die Uebervertheilung des einen oder anderen Theiles zur notwendigen Folge. Ich frage nun, kann man dem Notar, dessen Subsistenz in der Regel nur auf den Erwerb, auf die Menge und Fertilität der Arbeiten angewiesen ist, bei derlei kommissionellen Erbhebungen die zehrende Sichtung aller Verhältnisse und die stete Wahrung einer vollen Unbefangenheit mit jener Verübung wohl zumuthen, wie dem Gerichtsbeamten, der nicht im momentanen Erwerb, sondern immer nur in pünktlicher Pflichterfüllung eine Verbesserung seiner Subsistenz anhoffen kann.

(Fortsetzung folgt.)

## Oesterreich.

**Wien, 6. August.** Se. Majestät der Kaiser ist gestern früh 9 Uhr nach Wien gekommen und hat Audienzen ertheilt. Die Zahl der Petenten, namentlich der aus den Kronländern zugereisten, war diesmal so groß, daß mehrere Bittsteller auf den nächsten Audienztage beschieden werden mußten.

**Wien, 6. August.** Der k. k. Rath Nikolaus Rabe ist zum Vertreter des Finanzministeriums bei dem Zentralcomité für die Londoner Ausstellung bestimmt worden.

— Um den vielen Angriffen, denen in neuester Zeit die südliche Staatsbahngesellschaft ausgesetzt war, einigermaßen zu begegnen, und zu beweisen, wie sehr es ihr um Verbesserungen ihres Gesamtsystems zu thun sei, hat dieselbe ein höchst aner-

kenntwerthes Pensionsystem eingeführt, dessen Statuten eben von der niederösterreichischen Statthalterei genehmigt worden sind. Diesem zufolge wird künftig jeder Beamte der Südbahn schon nach 5 Dienstjahren pensionsfähig sein, und im Fall seines Todes erhält die Witwe zwei Dritttheile der Pension ihres Mannes; stirbt auch die Witwe, so erhalten die Kinder bis zu ihrer Mündigkeit oder einer eintretenden Versorgung jedes ein Dritttheil des Pensionsbetrages, welchen der Vater genoss. Die zu machenden Einlagen sind außerdem beträchtlich geringer als bei den Pensionsinstituten anderer österreichischer Bahnen.

— Durch einen geheimgehaltenen Erlass des Finanzministeriums wird angeordnet, daß, solange das Ministerium sich noch nicht in der schließlich gewünschten Lage befindet, die Beamtengehälter ausgiebig zu verbessern, doch die Anstaltskassen reichlicher als bisher zu fließen haben; daß das zeitweilige Erschöpfen derselben ferner keinen Grund der Abweisung eines Bittgesuches abgeben soll, daß der Petent nicht mehr nöthig habe, sich auf einen meist ohnehin nur fingirten Krankheitszustand zu berufen u. dgl. m.

**Königsgrätz.** Aus Anlaß des Beschlusses des Königsgrätzer Gemeinderathes, daß es an der städtischen Realschule in Bezug auf die Unterrichtssprache bei dem bisherigen Vermodus verbleiben solle, wurde unter der Bürgerschaft eine Schrift in Umlauf gesetzt und, mit zahlreichen Unterschriften versehen, dem Gemeinderathe übergeben, worin gegen jenen Beschluß protestirt und schließlich die Bitte formulirt wird, daß an der Realschule in allen drei Jahrgängen die deutsche Sprache gründlich und praktisch als obligater Gegenstand gelehrt, die übrigen Gegenstände aber in böhmischer Sprache vorgetragen werden.

**Prag, 4. August.** Die „Bohemia“ meldet Folgendes: Von den am 31. Juli und 1. August aus Anlaß des stattgefundenen Judenrauwalls hier verhafteten Individuen wurden 24 theils wegen körperlicher Beschädigung, theils wegen Aufreizung, öffentlicher Gewaltthätigkeit, wegen Wachbeleidigung und Einmischung bei Arreirungen den betreffenden Strafgerichten zur Behandlung übergeben; 82 Personen wurden wegen boshafter Beschädigung fremden Eigenthums, wegen Erzeßens, Widerspächlichkeit, Nachsorglosigkeit u. s. w. bei der Sicherheitsbehörde behandelt. Der heftige Sturmwind und der darauffolgende kalte Regen verhinderte gestern Nachmittags das in den letzten Tagen fast zur Gewohnheit gewordene Stehenbleiben und Versammeln der Menschen auf dem Altstädter Ring. Nichtsdestoweniger wurde um dieselbe Zeit wie Tags zuvor eine, jedoch viel schwächere Militär- und Polizeiwach-Abtheilung in die Jesephstadt abgesendet und an den Ausgängen derselben Wachposten von je einigen Mann aufgestellt, die, um dem strömenden Regen weniger ausgesetzt zu sein, an etwas geschützteren Stellen sich postirten. Eine Unordnung kam diesen Abend nicht vor.

## Italienische Staaten.

**Como, 31. Juli.** Dem „Comb.“ wird gemeldet: Gestern wurde der bekannte Ex-Kommissär Heisner abermals verhaftet. Man fand bei ihm kompromittirende Papiere. Wegen Kriminalverbrechen aus Oesterreich entflohen, suchte er sich hier den Schein

eines Märtyrers zu geben, wurde jedoch entlarvt, später ausgewiesen und jetzt neuerdings festgenommen.

— Der Turiner Korrespondent des „Pungolo“ erzählt in folgenden Worten den Empfang des Vaters Jacob, des Reichvaters des Grafen Savour, in Rom: „In Rom angekommen, wurde Vater Jacob zu dem Papste geführt. Derselbe empfing ihn mit der größten Strenge, und verlangte von ihm eine genaue Rechenschaft über sein Benehmen beim Tode des Herrn v. Savour. Bruder Jakob antwortete mit der bekannten Offenheit und Aufrichtigkeit, und wiederholte am Schluss, daß das, was er gethan habe, rechtschaffen und christlich sei. Der Papst war nicht dieser Ansicht; nachdem er die Handlung des würdigen Priesters getadelt hatte, erklärte er ihm, daß er in eine Irthum verfallen sei, und verlangte von ihm, dieß formell und öffentlich zu bekennen. Vater Jacob erwiderte ehrfurchtsvoll, aber mit einer edlen Festigkeit: „Heiliger Vater, ich habe das Bewußtsein, meine Pflicht gethan zu haben und in keine Irthum verfallen zu sein; ich kann deshalb die Erklärung nicht abgeben, welche Eure Heiligkeit von mir verlangt. Ich füge hinzu, daß ich so sehr davon überzeugt bin, daß Graf Savour seine Pflichten als Christ erfüllt hat, daß ich wünsche, alle meine Pfarrkinder möchten sein Beispiel nachahmen.“ Bei diesen Worten verabschiedete Pius IX. den ehrwürdigen Vater, indem er ihn an den General seines Ordens wies. Derselbe wiederholte die von dem Papste gestellte Forderung, und drohte ihm mit der ganzen Strenge des heiligen Offiziums, im Falle er in seiner Weigerung verharre.“

In Paris versicherte man am letzten Donnerstag, Vater Jacob sei von der römischen Inquisition wirklich festgenommen und bereits als Unterthan des Königreichs Italien von dem Turiner Kabinet rekla-

mirt worden. Die Amtszeitung aus Sizilien schreibt: Als die Prozession della Madonna del Carmine auf dem Plage Punta Vicari anlangte, wurde die Musikbände vom Volke gezwungen, die Garibaldi-Hymne zu spielen; es erschallten die Rufe: „Es lebe Garibaldi! Es lebe die Republik!“ Die Truppen, welche die Prozession begleiteten, zwangen das Volk, aneinander zu gehen.

## Franfreich.

Die Ankunft des Königs von Preußen im Lager von Chalons wird jetzt als auf den 19. August angegeben. Es sollen ihm und dem Könige von Schweden zu Ehren großartige militärische Feste gegeben werden.

— Eine Privatdepesche des „Pays“ aus Wien, welche das offizielle Pariser Blatt unter allem Vorbehalt entgegennimmt, zeigt an, daß die österreichische Regierung auf dem Punkte stehe, sich mit Rom über beträchtliche, in dem Konkordat vorzunehmende Veränderungen zu verständigen.

## Großbritannien.

**London, 31. Juli.** Lord John Russell, nunmehr Graf Russell, hat gestern seinen Sitz im Oberhause eingenommen.

## Türkei.

**Konstantinopel, 27. Juli.** (Mittels Lloyd's Dampfer „Bombay.“) Muktar Pascha, Minister ohne

den Beweis durch „Zusammentreffen der Umstände“ hergestellt (bemerkte wird, daß bei dieser Beweisart nicht auf Todesstrafe erkannt werden kann); denn bewiesen ist, daß beide sich auf G. losgestürzt haben, und nach S. 136 St. G. ist die Mitwirkung hinreichend.

Gegen die Gründe der Verteidigung des E. wurde Folgendes bemerkt: Die Zeugen sagten ohne ein persönliches Interesse und übereinstimmend aus; sie befanden sich in keiner Strafe, so daß das Gesetz ihre Verteidigung zuließ, und schließlich protestirte die Staatsanwaltschaft, daß jeder einzelne Verdachtsgrund nur durch einen Zeugen erwiesen sei.

Dr. S. bemerkte noch, er theile, wie alle Anderen, die Ueberzeugung, es sei unglücklich, daß alle Zwanglinge zugegeben hätten, M. sollte in jenem Momente den G. umbringen, und wenn dieses der Fall war, so erscheinen Alle als mitschuldig; schließlich wieder sprach derselbe der Ansicht des Staatsanwalts, daß jede Handanlegung einen Mord bilde, dieß könne man nur behaupten, wenn die böse Absicht erwiesen sei, was hier nicht der Fall ist. Er wiederholte seinen vorigen Antrag.

Dr. R. erwiderte auf die von der Staatsanwaltschaft gemachte Bemerkung, daß nur der Gerichtshof zu beurtheilen hat, wie viel Glauben diese Zeugen verdienen.

Nun schritt der Staatsanwaltschaft zu seinen Anträgen gegen Josef T., welcher wegen des Verbrechens der Vorschubleistung nach SS. 212 und 214 St. G. angeklagt ist. Was den ersten Paragraph anbelangt, so kommen gegen den Angeklagten folgende Ver-

dachtsgründe vor: 1. Hatte derselbe eine Zusammenkunft mit G., der ihn gedungen hat; T. sah, daß E. und M. bei der Messe zusammen sprachen und ihn gewis zur Verübung der That beredeten; er schaute zum Thürenscher hinaus, machte die Thür auf, gewis, wie M. auslegte, um zu sehen, ob ein Wächter käme; er sagte ferner dem M. „daghe.“ T. wußte also, daß es auf G. abgesehen war, dennoch that er nichts zur „Verhinderung“ der That und er hat es absichtlich zu thun unterlassen. Bezüglich des S. 214 des St. G. gesteht der Angeklagte selbst, das Werkzeug in den Ofen geworfen zu haben, läugnet jedoch die böse Absicht. Dieß aber that T. nur, um das Instrument der nachforschenden Obrigkeit zu entziehen; er wollte also die Spuren des Verbrechens vertilgen; Daher beantragte der Staatsanwalt die Schuldigsprechung des Josef T. wegen Verbrechens der Vorschubleistung nach dem oben zitierten Paragraphen.

Hierauf erhielt das Wort Dr. Sn., Verteidiger des T., und derselbe fügte seine Verteidigung auf folgende Momente: 1) Fehlt der Thatbestand des Verbrechens der Vorschubleistung sowohl nach S. 212, als nach S. 214 St. G.; 2) könne der h. Gerichtshof unmöglich annehmen, daß T. die That hätte verhindern können, ohne sich selbst einer Gefahr auszusetzen, da E. ein so gefährlicher Mensch ist, und die Absicht fehlt in jedem Falle; denn die Handlung ging rasch vor sich, daher es dem T. unmöglich war, sie zu verhindern. Ebenso wenig machte sich T. des Verbrechens der Vorschubleistung nach S. 214 des St. G. schuldig; denn man könne nicht annehmen, T. habe das Werkzeug der Obrigkeit verheimlichen

wollen, da unter dieser nur die Gerichtsbehörde, nicht aber das Aufsichtspersonal zu verstehen ist; man muß die damalige Verwirrung berücksichtigen, in welcher T. gehandelt hat, ohne dabei etwas gedacht zu haben, und überdies konnte T. auch vermuten, daß die Thathandlung durch einen der andern Zeugen dem Gerichte bekannt gemacht werde, weshalb die Verheimlichung keinen Zweck gehabt hätte; daher beantragte der Verteidiger die Schuldigsprechung seines Klienten von der Anklage wegen Verbrechens der Vorschubleistung.

Auf die Schuldfrage des Franz G. und Josef P. übergehend, stellte die Staatsanwaltschaft den Antrag auf Freisprechung derselben wegen Unschuldigkeit der Beweismittel, da alle Verdachtsgründe, welche gegen dieselben vorliegen, entkräftet sind, und die ganze Beweislast auf den Zeugen Jz. fällt.

Da erhoben sich G. und P. und verlangten für unschuldig erklärt zu werden und baten ihren Verteidiger, in diesem Sinne zu plaidiren, welchem Wunsch derselbe auch entsprach und im Wesentlichen Folgendes anführte: Gegen die beiden Angeklagten M. und G. ist der Zeugenbeweis nicht hergestellt, vielmehr können sie nur durch Zusammentreffen der Umstände für überwiesen gehalten werden; nach S. 279, Z. 1 des St.-P.-O. muß aber die That rechtlich erwiesen sein; hier aber ist nicht sichergestellt, ob das Messer, welches mit G. umgebracht wurde, dasjenige ist, welches P. schloß und welches M. von G. erhielt; es ist ferner nicht erwiesen, daß P. das Messer so geschloffen habe, wie es dem Gerichtshofe vorliegt, dieses wird nur von einem Zeugen bestätigt, der aber eine



Portefeuille, wurde in Disposition verlegt. Die moldo-walachische Huldigungs-Deputation ist angekommen. Das amtliche Blatt dementirt es, daß wegen der Ernennung Namik Paschas eine diplomatische Einrede stattgefunden habe. Eine neu organisierte Gendarmarie hat die hiesigen Wachtposten übernommen. Zehn Mitglieder des Justizrates wurden in Disposition verlegt. Die Stelle eines obersten Leibarztes wurde abgeschafft. Minister und oberste Würdenträger entzogen freiwillig ihren Nationen. J. M. Graf Palffy erhielt den Medjidie-Orden erster Klasse. Eine Pforten-Kommission bearbeitet ein Projekt über die Stellung fremder Untertanen und Schutzbefohlene. Die vorgeschlagenen Ersparungen sollen sich bereits auf 150.000 Ventel belaufen. Nachrichten aus dem Kaukasus vom 29. Juni melden Niederlagen der Russen, die mehr als 1000 Mann verloren.

### Amerika.

**New-York, 19. Juli.** Das Gros der Bundes-Armee, das am 17. den Marsch gegen Richmond angetreten hatte, stieß auf keinen ernstlichen Widerstand, bis es am 18. Dulbrom, einen besetzten Platz, drei englische Meilen von Manassas-Junction, erreichte. Beim Angriff darauf wurde die Vorhut zurückgeschlagen. Später jedoch wurde die Position von den Bundes-Truppen genommen. Nach der Aussage eines von Richmond angekommenen Philadelphiers beträgt die förmliche Streitmacht dort 10.000 Mann und bei Manassas-Junction 60.000. Die Konföderierten haben sich des Dampfers „York Town“ bemächtigt, ihn mit Eisenplatten gepanzert und mit acht 64-Pfündern armirt. Die Regierung hat beschloffen, keine flüchtigen Sklaven mehr der Armee folgen zu lassen.

20. Juli. General Patterson ist durch General-Major Banks ersetzt. Der wird Nachfolger von Banks. Der „Cuba“ ist freigesommen. Der „Edinburgh“ und „Arago“ sind nach Europa gesegelt. Die feindlichen Heere stehen bei Manassas-Junction eine Meile von einander. Morgen oder übermorgen wird eine Schlacht erwartet.

### Aus der Provinz.

Stein, 5. August.

-r- Gestern wurde in dem benachbarten Sello die neuerbaute Pfarrkirche durch Seine Gnaden den hochw. Herrn Fürstbischof von Laibach eingeweiht. Derselbe kam vorgestern Nachmittags in Stein an, wurde allda von den Kindern mit grünen Zweigen, von der Pfarregeistlichkeit und dem Bürgermeister empfangen, nachdem ihm der Herr Bezirksvorsteher und Sr. Hochw. der Herr Dechant von Stein bis zur Bezirksgrenze entgegengefahren waren. Nach kurzem Besuche der Pfarrkirche setzte Se. fürstbischöfliche Gnade die Reise nach Sello fort. Auf der Oberfelder Straße, und in Sello waren mehrere Ehrenpforten errichtet. Gestern ward die Einweihung in feierlicher Zeremonie von 8 Uhr bis halb 12 Uhr vorgenommen, worauf eine h. Messe gelesen wurde. Eine Tafel für 40 Personen im Pfarrhause vereinigte durch 3 Stunden die anfangs feierlich bewegte, dann heitere Gesellschaft. Nach der Nachmittagsandacht verließ Se. fürstbischöfliche Gnade Sello, in rascher Fahrt Laibach zueilend.

solche Person ist, die nicht glaubwürdig erscheint; endlich ist die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß M. selbst sich ein Messer verschafft habe. Er beantragte daher die Schuldellosigkeitserklärung seiner beiden Klienten.

Darauf zog sich der Gerichtshof zur Verathung der Schuldfrage zurück und fällte nach einstündiger Verathung das Urtheil, welches dahin ausfiel:

1. Franz M. und Johann E. seien des Verbrechens des Mordmordes nach den §§. 134, 135, 3. 1 und 136 des St. G., und zwar M. als unmittelbarer Thäter, E. als unmittelbarer Mitwirkender schuldig und seien durch Zeugen überwiesen;

2. Franz E. und Josef P. seien von dem Verbrechen der Mithuld am Mordmorde wegen Unzulänglichkeit der Beweismittel frei gesprochen;

3. Josef L. sei des Verbrechens der Vorschlüßleistung nach §. 214 des St. G. durch Verhehlung als Thäter schuldig.

Nachdem dieses Urtheil den Angeklagten verkündet war, schritt die Staatsanwaltschaft zu ihren Anträgen bezüglich der Strafe, und beantragte bei dem Urtheile, daß der Gerichtshof die beiden Angeklagten M. und E. durch „Zeugenerweis“ für überwiesen erkläre, gegen Beide die Strafe des Todes mit dem Strange.

Die beiden Verteidiger erklärten, es bleibe ihnen bei dem Ausspruch der Schuld und Strafe nichts Anderes als die Berufung.

Gegen Josef L. beantragte die Staatsanwalt-

Die neue Pfarrkirche ist im Laufe von 2 1/2 Jahren — nach einem Plane des Ingenieurs Stedry — erbaut, und gewährt einen, der Bestimmung angemessenen, und sich vortheilhaft von vielen unserer Landkirchen unterscheidenden äußern Anblick.

Die frühere Kirche wurde als schadhaft befunden, und so zum Baue der neuen, ohne eigentliche Inanspruchnahme des Religionsfondes geschritten. Da die Lokale klein ist, besorgte man, daß durch die großen Opfer, welche die Pfarrinsassen durch Robot u. s. w. für den Kirchenbau sich selbst auferlegt hätten, dieselben eine kaum erschwingliche Last zu tragen hätten; zum Glück gelang es der Energie des Herrn Vokalkaplans und Ortsseelsorgers Blasius Artel, durch Erlangung mannigfacher Spenden, theils vom Allerhöchsten Kaiserhause, Ihrer Majestät der Kaiserin Mutter, theils von andern hochgestellten Personen und Privaten, einen bedeutenden Theil der Baukosten zu bedecken. Möge das neue Gotteshaus, das, einen schönen Hügel krönend, in reizender Umgebung mit herrlichem Fernbilde, errichtet ist, seinen Pfarrkindern lange zur Erbauung, zur Aufrichtung in Noth und Sorge, zur sittlichen und geistigen Erhebung und Entwicklung als leuchtender Mittelpunkt reiner Christus-Verehrung dienen! —

(Einem zweiten, sehr umfangreichen, uns zugegangenen Bericht über die Einweihung der neuen Kirche entnehmen wir noch folgende Daten.)

Die Ortschaft Sello bei Laake in der Gemeinde Podhrusko, 1 1/2 Meilen von Stein entfernt, liegt in einem Seitenthale der Unterkrainauer Gegend. Die zur Lokale Sello gehörigen Ortschaften, welche sich bei dem Bau durch Opferwilligkeit so ausgezeichnet haben, sind: Belapč, Poljane, Rožično, Savina Peč, Zubejov, Znojile und Trobeum bei Belapč, und zählt die Pfarrgemeinde 799 Seelen, ungefähr 100 Familienhäupter und 42 Ganzhübler.

Die neue Kirche steht auf einem ziemlich geräumigen kegelförmigen, jedoch mehr ovalen, mittelmäßig hohen Berge, ist in Kreuzform nach Art der Tirmau-Krautner-Kirche in Laibach gebaut, beinahe gerade so groß, gewölbt, jedoch nur mit einem Thurne. Den Plan gab der k. k. Ingenieur Stedry, nach welchem der Maurermeister Snaj, vulgo Mujov, den Bau ausführte. Sowohl die Bildhauer- als die Maler-Arbeit besorgte Herr Lanter.

### Neueste Nachrichten und Telegramme.

**Agram, 5. August.** Landtagssitzung. Der Ban beantragt, daß — nachdem in der letzten Sitzung bloß der erste Punkt des Antrages der Minorität des Zentral-Ausschusses im Sinne der Nichtbeschickung des Reichsrathes entschieden worden sei — jetzt die zwei anderen Punkte dieses Antrages, darunter die anerkannt mit den übrigen österreichischen Völkern gemeinschaftlichen Gegenstände im Wege einer Konvention zu ordnen, zur Verathung und Entscheidung gelangen sollen. Der Antrag Stojanovics, daß, indem durch den letzten Beschluß, den Reichsrath nicht zu beschicken, alle diesfälligen Anträge gefallen, daher jede Debatte unmöglich — an die Ausarbeitung einer Adresse auf beider k. Propositionen zu schreiten sei, rufte eine lebhafteste Kontroverse hervor. Bei der schließlich erfolgten Abstimmung ergaben sich 46 Stimmen für und 69

gegen den Antrag des Banus. Ein aus neun Mitgliedern bestehendes Comité hat die Adresse auszuarbeiten, über deren einzelne Punkte verhandelt werden soll.

Die nächste Sitzung findet am Mittwoch Statt. **Neapel, 3. August.** (Ueber Paris.) Das Näherumwiesen dauert fort. Geroasi wurde verhaftet.

**Turin, 4. August.** Die heutige „Opinione“ meldet: Die Regierung des Königs von Holland erkennt das italienische Königreich an. Das bezügliche Anerkennungs-Dokument ist bereits unter Wegs.

**Paris, 3. August.** Pater Ventura ist gestorben.

**Paris, 4. August.** Die Blätter melden, daß, nachdem die Unterhandlungen abgebrochen worden, Omer Pascha Befehl erhalten habe, wieder die Offensive zu ergreifen. Er werde seine Operationen bis Genua ausdehnen. — Die Reise des Königs von Preußen nach Frankreich ist mindestens vertagt.

### Eingefendet.

#### Ehre und Dank, dem sie gebühren!

Notorisch ist es, daß die in unserem Bezirke neu angelegte Bezirksstraße jetzt durch die vom löblichen k. k. Bezirksamte mit aller Energie angeordnete Beschotterung und durch die starke Frequenz gleich einer Kommerzialsstraße wird.

Es muß Jedem freuen, der die alte Bezirksstraße, die über Berg und Thal führte, wo man nur mit Angst und Bangigkeit kutschte — gekannt hat, wenn er jetzt in einem, rings von Gebäuden eingefäumten Bezirke auf einer Straße durch drei Stunden eben und ohne Gefahr mit Sicherheit fahren kann! — Obwohl die Konstruirung der Straße so manche Verstärkung erforderte, so ist sie doch für uns und unsere Nachkommen eine Wohlthat, die gar nicht zu bezahlen ist, und finden wir uns veranlaßt, dem Herrn Franz Omachen, k. k. Bezirksamts-Vorsteher, nun zu treffen, welcher die Ausführung dieses Straßenzuges urgirte, dann dem Herrn Johann Engelthaler, Direktor der Fürst-Auersperg'schen Fabrik zu Hof, welcher dabei mit einer unermüdeten Energie uneigennützig als Ingenieur fungirte, und dem jetzigen Herrn Bezirksamts-Vorsteher Josef Werdowag, welcher den Rest reparirte (mit der ergebenen Bitte, auch noch den weiter über Obergurk projektierten Straßenzug in Bälde durchzuführen zu lassen), im Namen Aller unseren innigsten Dank hienit auszusprechen.

Gemeindevorstand Selsenberg, 4. August 1861, Johann Wehonz, Bürgermeister. — Josef Rudmann, Gemeinderath. — Josef Nachtigall, Gemeinderath. — Josef Srova, Gemeinderath.

### Handels- und Geschäftsberichte.

**Wien, 2. August.** Bei der gestern stattgehabten Verlosung des k. k. Staatsanlehens vom Jahre 1860 wurden folgende 45 Serien gezogen: Nr. 16868, 9459, 16586, 5863, 8116, 17314, 1869, 11504, 17031, 64, 2419, 4725, 19506, 10562, 9151, 10253, 3919, 18112, 8837, 16288, 6000, 1430, 19786, 5430, 1606, 12048, 13969, 15697, 12515, 10015, 10094, 197, 251, 6594, 8340, 16006, 12115, 16544, 7195, 10203, 19357, 18582, 3572, 3828, 11733.

sam als ob er von demselben noch ein Wort des Trostes erwartete. E. aber, den Kopf hoch tragend, gab sich Mühe, Gleichgültigkeit zu zeigen, seine Augen jedoch verriethen Bangigkeit, Noth, Verzweiflung, und beim letzten Worte des Präsidenten ließ er ein gezwungenes „ebene“ aus.

E., P. und L. geberdeten sich äußerlich, als süßten sie sich durch das eben vernommene Urtheil gekränkt; wer jedoch Gelegenheit hatte, alle drei genau zu beobachten, der gewann die Ueberzeugung, daß dieselben ein so mildes Urtheil nicht erwarteten, was sie später dadurch bewiesen, daß sie sich mit dem Urtheile zufrieden stellten.

E. und P. wurden wieder an das Zwangsarbeitshaus abgeliefert, L. trat die Strafe an.

M. u. E. aber meldeten gegen das Todesurtheil die Berufung, welche durch ihre Verteidiger ausgeführt wurde, und harrten auf ihr ferneres, in jedem Falle hartes, aber verdienten Schicksal.

Der Berichterstatter schließt mit dem Bedauern, daß ihm der Raum dieser Blätter nicht gestattete, neben der geschichtlichen auch die juristische Seite dieser Verhandlung, und vorzüglich den Zeugenbeweis näher zu beleuchten, und gibt sich der Zuversicht hin, daß jeder Jurist aus den hier und da beigefügten Bemerkungen zu der Ueberzeugung gelangen mußte, daß dieser Fall vorzugsweise für das allgemeine Publikum veröffentlicht worden ist.

Dr. P.



# Anhang zur Laibacher Zeitung.

**Börsenbericht.** Wien, (Mittags 1 Uhr.) (Br. Stg. Abbl.) Fremde Valuten ausbezogen und gegen die letzte Notirung um  $\frac{1}{2}\%$  billiger zu haben. Papiere anfangs beliebt, zuletzt 3. Aug. flauer, jedoch gegen die letzte Notirung kaum geändert. Geld minder flüßig. Zinssatz jedoch normal.

Öffentliche Schuld.				Weld Ware				Weld Ware			
A. des Staates (für 100 fl.)											
In österr. Währung zu 5%	62.90	63.10		Böhmen	5	90.—	91.—	Galiz. Karl-Ludw.-Bahn zu 200 fl.		Stary	zu 40 fl. C.M.
5% Antch. von 1861 mit Rückz.	88.55	88.65		Steiermark	5	87.—	88.—	G. M. m. 140 fl. (70%) Einz.	147.50	147.75	34.75
National = Antchen mit				Nähren u. Schlesien	5	84.50	86.50	Don. Dampfsch.-W.	427.—	428.—	36.—
Jänner-Goup.	5	81.30	81.40	Ungarn	5	68.75	69.75	Deisterich Lloyd in Triest	222.—	224.—	22.50
National = Antchen mit				Em. Van., Kro. u. Slav.	5	67.50	68.50	Wien. Dampf.-W.	365.—	370.—	22.—
April = Goup.	5	81.50	81.60	Galizien	5	66.50	67.—	Beiber Kettenbrücken	394.—	396.—	14.25
Metalliques	5	68.20	68.30	Siebenb. u. Bukow.	5	65.25	65.75	Böhm. Westbahn zu 200 fl.	167.50	168.—	14.75
detto mit Mai = Goup.	5	69.—	69.10	Venetianisches Anl. 1859	5	89.—	89.50	<b>Wafendbriefe (für 100 fl.)</b>			
detto	5	69.50	69.75	<b> Aktien (pr. Stüd.)</b>				Nationalb. Gäh. v. J. 1857	103.—	103.50	3 Monate
mit Verlesung v. J. 1859	115.75	116.—		Nationalbank	749.—	751.—		bank auf 10	97.—	98.—	
" " 1854	88.75	89.—		Kredit-Anst. f. Handel u. Gew. zu	175.20	175.30		G. M. (verleibbare	90.—	90.50	
" " 1860 zu	83.60	83.70		20 fl. d. W. (ohne Div.)	595.—	598.—		Nationalb. (verleibbare	86.50	86.70	
Gemo-Rentensch. zu 42 L. austr.	16.50	17.—		R. v. Escom.-Gef. 500 fl. d. W.	269.50	270.—		auf 10 fl. W.	118.60	118.70	
<b>B. der Kronländer (für 100 fl.)</b>				K. Ferd.-Merdb. 1000 fl. C.M. 1955.	1956.—			Kred.-Anstalt für Handel u. Gew.	96.—	96.50	
Grundentlastungs-Obligationen.				oder 500 Kr.	168.25	168.75		zu 100 fl. d. W.	36.—	36.50	
Nieder-Deisterich	89.50	90.50		Kais. Elif.-Bahn zu 200 fl. C. M.	120.50	120.75		Don.-Dampfsch.-W. 100 fl. C.M.	96.50	97.—	
Ob. Deit. und Salz	88.50	89.—		Süd-nord. Verh.-B. 200				Städtem. Dfen zu 40 fl. d. W.	36.50	37.—	
				Subl. Staats-lomb.-ven. u. Gent.				Stierhazy	37.75	38.25	
				ital. Gif. 200 fl. d. W. 500 Kr.				Salm			
				m. 140 fl. (70%) Einzahlung	229.—	230.—		Palffy			

## Effekten- und Wechsel-Kurse an der k. k. öffentlichen Börse in Wien. Den 6. August 1861.

Effekten.	Wechsel.
5% Metalliques 68.05	Silber . . . 135.50
5% Nat. = Ant. 81.35	London . . . 136.35
Bankactien . . . 751.—	R. f. Dufaten 6.55
Kreditactien 175.40	

## Fremden-Anzeige. Den 5. August 1861.

Die Herren: Ritter v. Gullbert, spanischer General-Consul, — Puchardhofer, Privatier, — Grancini, und — Fonzari, Kaufleute, von Triest. — Hr. Dr. Fabrizi, k. k. Finanz-Adjunkt, von Verona. — Hr. Moseltig, Grundbesitzer, von Salcano. — Hr. Austerlitz, von Pest. — Hr. Juchz, Handlungsreisender, von Wien.

Z. 1373. (3) Nr. 359.

### Kundmachung.

Ueber Anordnung Ihrer Majestät der Königin von Großbritannien wird im Jahre 1862 in London eine Ausstellung von Kunst- und Industrie-Erzeugnissen aller Nationen stattfinden.

Die Eröffnung dieser Ausstellung findet am 1. Mai 1862 Statt.

Von Seite der königl. englischen Regierung ist an die k. k. österreichische Regierung die Einladung zur Theilnahme an dieser Ausstellung ergangen.

Se. k. k. Majestät der Kaiser haben mit allerh. Entschiedenheit vom 29. Mai d. J. Ihren Minister für Handel und Volkswirtschaft ermächtigt, jene Maßregeln vorzunehmen, welche ein würdiges Auftreten der österreichischen Erzeugnisse auf der großen Ausstellung zu bewirken, ihnen die gebührende Anerkennung zu verschaffen und Nachtheile für die Ausstellung hintanzuhalten im Stande sein werden.

In Folge dessen wird aus bewährten Sachverständigen und aus Abgeordneten der Regierung ein Zentral-Ausstellungs-Comité gebildet, welches mit den königl. englischen Ausstellungs-Kommissären in unmittelbare Verbindung tritt, die Vermittlung zwischen diesen und den österreichischen Ausstellern übernimmt, die Beschickung der Ausstellung leitet und überwacht.

Dieses Comité steht unter der Oberleitung des Handelsministeriums; es hat, der nöthigen Einheit und Gleichförmigkeit wegen, seinen Sitz in Wien und übt seine Thätigkeit in den Kronländern durch die Filial-Comités.

Als Filial-Comité für Krain wurde die gefertigte Handels- und Gewerbekammer bestellt.

Sie bildet zu diesem Ende aus ihrer Mitte den Ausschuss, welcher berechtigt ist, zu dem Zwecke der zu erlassenden Einladungen, dann der Beurtheilung der eingehenden Ausstellungsobjekte sich bewährte Industrielle, Landwirthe und Männer der Wissenschaft beizugesellen.

Bei diesem Filial-Comité haben die Industriellen und Landwirthe die Anmeldungen über die Gegenstände, welche sie auszustellen wünschen, schriftlich zu überreichen.

Indem die gefertigte Kammer sämtliche Industriellen und Landwirthe hienit auffordert, längstens bis 1. Oktober d. J. diese Anmeldung zu überreichen, bemerkt dieselbe, daß sie es für ihre Pflicht halte, allen Anmeldern, so weit es in ihren Kräften liegt, mit Rath und That behilflich zu sein, und es werden die Anmelder ersucht, sich in dieser Ausstellungs-sache unmittelbar an das Filial-Comité zu wenden, welches die zur Ausstellung angemeldeten Gegenstände besichtigen und über deren Zulässigkeit zur Ausstellung mit Sorgfalt und Unparteilichkeit entscheiden wird.

Die zugelassenen Gegenstände werden von dem Filial-Comité so weit thunlich, in gemeinsamer Sendung mittel- oder unmittelbar nach London gesendet.

Die näheren Bestimmungen über die Abhaltung der Ausstellung und die Bedingungen und Formali-

itäten der Theilnahme werden, sobald die dießfalls von dem hohen Zentral-Comité erwarteten Mittheilungen herabgelangt sein werden, unverzüglich verlautbart, und die nöthigen Belehrungen für die Industriellen und Landwirthe, welche die Ausstellung zu besichtigen gedenken, hinausgegeben werden.

Die Kammer ist gerne bereit, allen dießfälligen Anfragen allsogleich pünktlich nachzukommen, und fordert sämtliche Industriellen hienit auf, sich recht zahlreich bei dieser Ausstellung zu betheiligen.

Handels- und Gewerbekammer für Krain.  
Laibach am 20. Juli 1861.

Z. 256. a (3)

### Kundmachung.

Am 19. August 1861 früh 9 Uhr und die darauf folgenden Tage werden von Seite der Laibacher k. k. Militär-Verpflegs-Bezirks-Verwaltung 242 volle Fässer mit 2440<sup>35</sup>/<sub>40</sub> Eimer rothen und weißen Weinen im öffentlichen Versteigerungswege zum Verkaufe aus-geboten.

Die Lizitation wird in den einzelnen Kellern nur mündlich vorgenommen, und umfaßt jeder Ausruf 5 bis 10 Fässer mit 50 bis 100 Eimern.

Die Bestbieter für jede einzelne Parthie haben sogleich ein 10% Wadium zu erlegen und die höhere Entscheidung über das Lizitations-Resultat abzuwarten, die längstens nach Ablauf von 14 Tagen erfolgt.

Nach bekanntgegebener Genehmigung der Bestbote ist der Totalbeköstigungsbetrag von den Erstehern binnen drei Tagen an die Magazins-kassa zu erlegen und binnen weiteren 10 Tagen der erstandene Wein aus den betreffenden Kellern wegzuschaffen.

Am 17. August 1861 um 9 Uhr früh werden die Keller behufs Untersuchung und Erprobung der Qualität der ausbezogenen Weine für die Kauflustigen geöffnet werden.

Die sonstigen Bedingungen können täglich in der Amtskanzlei eingesehen werden.

Von der k. k. Militär-Verpflegs-Bezirks-Verwaltung zu Laibach am 1. Juli 1861.

Z. 1399. (2)

## Wein-Lizitation.

Am 8. August werden in der Stadt Krapina Nr. 137 bei 900 Eimer alte

Z. 1402. (1)

Zu der vom k. k. Ministerium für Kultus und Unterricht autorisirten

## Privat-Lehr- und Erziehungsanstalt, vierklassigen Privat-Hauptschule

und in dem

### Untergymnasium in Laibach

beginnt der erste Kurs des Schuljahres 1861/62 am 1. Oktober. Die Aufnahme findet täglich von 9—12 Uhr Vormittags in der Kanzlei der Vorsteherung (Hauptplatz Nr. 237, 2. Stock) Statt.

Auf briefliche Anfragen übermittelt der Unterzeichnete die Statuten seiner Anstalt, in welchen die Aufnahmebedingungen, sowohl der in ganze Verpflegung zu übernehmenden, als auch der nur die Schule besuchenden Zöglinge, genau angegeben sind.

Am 12. August beginnt ein Vorbereitungsunterricht für Schüler, welche am 1. Oktober l. J. in das Gymnasium übertreten, und ein Wiederholungsunterricht für Schüler der Normalklassen.

**Alois Waldherr,**

Inhaber und Vorsteher der Anstalt.

Weine von verschiedenen Jahrgängen liq-  
tando verkauft. Selbe sind in Gebünden  
von 2 bis 8 Startin. Der Erstehet hat  
 $\frac{1}{3}$  sogleich, den Rest bei der Abfuhr zu  
erlegen.

Die Weine müssen bis Ende September  
wegen Räumung des Kellers abgeholt werden.

Z. 1315. (3)

## Aus freier Hand zu verkaufen ist das Haus Nr. 90

in Stein, am Hauptplatz,

feuerfest gebaut, 1 Stock hoch, enthaltend: ein geräumiges Kaufmannsgewölbe, einen Krämer-laden, 8 Zimmer, 2 Kammern, 2 Warenmagazine, 2 Keller, 1 Küche, 1 Stall für Kühe und 1 für Borstenvieh, nebst einem Ziehbrunn-nen. — Ferners 1 Dreschtemne, 1 Harfe und Grundstücke für 22 Mirling Ausfaat.

Näheres zu erfragen bei der Eigenthümerin Maria Svetitz in Stein Nr. 90.

Z. 1370. (2)

## Das landtäfliche Gut Gallenfels,

3 Stunden von Laibach und eine Stunde von Krainburg entfernt, ist aus freier Hand zu verkaufen. Dasselbst sind auch größere Par-tien von Eichen- und Buchenstämmen, Bau- und Scheiterholz billig zu veräußern. Auskunft er-theilt mündlich oder auf frankirte schriftliche Anfragen unmittelbar die Gutsinhabung von Gallenfels, Post Neumarkt l.

Z. 1406.

## Warnung.

Niemanden etwas auf unsern  
Namen zu geben, weil wir nicht  
Zahler sind.

Ferd. u. Elise Uhl.